



Kommunalwahl 2014

Kierspe 2030: Wege in eine zukunftsfähige Stadt

Beschlossen am 10.03.2014

Politik darf sich nicht an Wahlperioden orientieren. Deshalb erläutern wir hier die zentralen Punkte, die notwendig sind, damit Kierspe auch 2030 noch eine lebens- und liebenswerte Stadt ist. Wir nehmen dabei bewußt nicht zu allen Bereichen der Kommunalpolitik Stellung, sondern beschränken uns auf die aus unserer Sicht vordringlichen Aspekte der Stadtpolitik. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir zu den nicht angesprochenen Punkten keine Positionen haben. Bitte sprechen Sie uns an!

- ♦ Zentral sind für uns die Wiedergewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Stadt und eine nachhaltige Stadtpolitik, die auch künftigen Generationen noch Gestaltungsspielräume ermöglicht. Die Frage ist, ob eine dauerhafte Haushaltssanierung mit den herkömmlichen Mitteln alleine noch gelingen kann. Statt immer neuer Kürzungen bei den so genannten „freiwilligen“ Leistungen muß vielmehr der Kernbestand städtischer Aufgaben definiert werden. Bei der Aufgabenerledigung sind die neuen technischen Möglichkeiten zu nutzen, damit mehr Effizienz und eine größere Kundenfreundlichkeit erreicht werden kann.

Dabei ist auf die Erhaltung einer angemessenen und tragfähigen sozialen und kulturellen Infrastruktur und Grundversorgung zu achten. Hier sind jedoch auch Bund und Land gefordert: Ohne eine konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, der muß auch zahlen“) und eine dauerhaft wirksame Reform der Gemeindefinanzierung sind die derzeitigen Probleme Kierspes nicht zu lösen!

- ♦ Die Stadt Kierspe stellt notwendige Infrastruktur nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Wirtschaft zur Verfügung. Um auch in Zukunft alle Angebote und Dienstleistungen, an die wir uns gewöhnt haben, weiter vorhalten zu können, braucht Kierspe mehr Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Kierspe muß stärker mit freien Trägern der Jugend- und Sozialarbeit kooperieren und gemeinsame Lösungen mit der Wirtschaft suchen, wenn das ökonomisch sinnvoll ist. Zudem ist es legitim und notwendig, die Gebühren und Steuern regelmäßig zu überprüfen und – falls notwendig – sozialverträglich anzupassen.
- ♦ Wer heute an morgen denkt, muß auch alle geplanten Projekte daraufhin überprüfen, ob die dadurch hervorgerufenen Folgekosten erwünscht und verantwortbar sind. Dies gilt insbesondere für Großprojekte wie neue Straßen oder Baugebiete sowie den möglichen Kauf neuer Immobilien. Wir lehnen solche Projekte ebenso ab wie Neuausweisungen von Wohnbau- und Gewerbeflächen auf der grünen Wiese, bevor nicht alle Potentiale aus Nachverdichtungen, Baulückenschließungen sowie Flächenrecycling ausgeschöpft wurden.

Freie Wählergemeinschaft Kierspe

Gegründet 2008

Geschäftsstelle

Haunerbusch 38, D-58566 Kierspe

Kommunikation

Telefon: 02359 295599-0

eMail: post@fwg-kierspe.de

Web: www.fwg-kierspe.de

AG Iserlohn • VR 1532

Als steuerbegünstigt anerkannt
vom Finanzamt Lüdenscheid

StNr. 332 / 5798 / 0775

Bankverbindung

Volksbank im Märkischen Kreis eG
IBAN: DE20 4476 1534 1194 3688 00

Vorsitzender: Peter Christian Schröder

- Der absehbare demografische Wandel erfordert schon heute grundlegende Veränderungen in allen Bereichen der Daseinsfürsorge und -vorsorge. Wir brauchen eine generationenübergreifende Infrastruktur, junge Familien wollen wir stärker unterstützen.

Für all das brauchen wir Ihr Engagement und bei der Kommunalwahl Ihre Stimme. Je stärker die Freie Wählergemeinschaft im Rat vertreten sind, desto mehr können wir durchsetzen. Sie entscheiden vor Ort!

I. Natur und Umwelt erhalten!

Kierspe ist eine Stadt im Grünen mit einer reizvollen Umgebung. Mit seiner topographischen Lage an der Grenze des Märkischen Kreises zum Bergischen Land hat es eine besondere Qualität als Wohnort und Lebensmittelpunkt in der Natur.

Inmitten ausgedehnter Wälder und in unmittelbarer Nähe zu zahlreichen Stauseen gelegen, mit einer besonders reinen Luft und Wasserqualität versehen hat Kierspe eine besonders schützenswerte Natur.

Wir wollen einen umfassenden und nachhaltigen Schutz dieser natürlichen Ressourcen. Das sind wir uns und künftigen Generationen schuldig. Nur mit gesunder Luft, sauberem Wasser und unverbaubarer Landschaft können wir Lebensqualität heute und in Zukunft sichern.

Wir wollen einen aktiven Klimaschutz in Kierspe. Das erfordert eine veränderte Energienutzung mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Wasser und Biomasse, die Steigerung der Energieeffizienz und das Energiesparen.

Schon zu viele Umweltsünden wurden in Kierspe in den letzten Jahren begangen. Naherholungsgebiete wurden kaputtgemacht, Ausgleichsmaßnahmen sind vorwiegend witzige Veranstaltungen. Auch der Gewässerschutz wird nicht ausreichend beachtet.

Wir fordern deswegen

- mit Nachdruck und zuallererst einen eigenständigen Umweltausschuß und einen handlungsfähigen Umweltbeauftragten mit umfassenden Kompetenzen. Nur dadurch kann gewährleistet werden, daß die Belange von Umwelt- und Naturschutz sowie Verbraucherschutz nicht anderen Interessen (wie jetzt im Ausschuß für Umwelt und Bauen) untergeordnet werden.
- die Erstellung einer CO₂- Bilanz für Kierspe.
- die Förderung erneuerbarer Energien und die Bereitstellung öffentlicher Potentiale für Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft.
- eine Potentialstudie für die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung im Bereich der verdichteten Bebauung und des Gewerbes,
- den Ausbau der Energiesparberatung bei den Stadtwerken.
- eine kontinuierliche Investition in die energetische Sanierung der städtischen Gebäude.

II. **Stadtentwicklung vorantreiben**

Die Städte und Gemeinden Deutschlands stehen vor den größten Herausforderungen seit der Wiederaufbauphase der 50er Jahre. Scheinbar dauerhafte Finanzprobleme, bevorstehende bevölkerungsstrukturelle Umwälzungen, ein nach wie vor ungebremster Landschaftsverbrauch und ein zunehmend interkommunaler Wettbewerb um die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben aber auch um Einwohner, sind Probleme und Tendenzen, denen sich auch die Stadt Kierspe stellen muß.

Es wird deutlich, daß Kierspe langfristig und dauerhaft in allen Bereichen kommunalen Handelns einem enormen Veränderungsdruck ausgesetzt ist. Das wiederum macht auf der strategischen Ebene und im operativen Geschäft unverzügliches Handeln erforderlich.

Stichwort: Stadtentwicklungskonzept¹

Die einzige Lösung zur Schaffung einer Zukunft für Kierspe ist die kompromißlose und ergebnisoffene Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes. Dies bietet alle Chancen, absehbaren Trends und Problemstellungen entgegenzusteuern und Chancen und Potenziale nachhaltig auszuschöpfen. Es ist auf einen langen Betrachtungszeitraum angelegt, außerdem fachübergreifend und bietet die Möglichkeit, jenseits der laut Baugesetzbuch vorgeschriebenen Verfahrenswege aktiv werden zu können.

Ein Stadtentwicklungskonzept muß von externer, sachkundiger Stelle durchgeführt werden, um Partikularinteressen und parteipolitischen Dünkel keinen Einfluß zu gewähren. Hierzu bietet die Agenda 21, die auch Kierspe beschlossen hat, eine hervorragende Grundlage.

Es macht aus unserer Sicht überhaupt keinen Sinn, Teilfragmente wie die Ausweisung von Gewerbegebiete und Baugebieten, Straßenneubauprojekte und Einzelhandelskonzepte, zu planen und durchzuführen, ohne zu wissen, wohin der Weg Kierspes in die Zukunft gehen soll.

Stichwort: Verkehrsentwicklungsplan

Es liegt in der Natur der Sache, daß eine tragfähige Verkehrs- und Wegeplanung Bestandteil einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung ist. Die Bewältigung der Verkehrsströme in und um Kierspe ist – nach wie vor – eine Herausforderung: Wir dürfen nicht auf Verkehrsströme reagieren, sondern müssen sie vorausschauend planen und leiten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Um die zukünftige Entwicklung des Straßennetzes, der Bus- und Bahnangebote, nicht zuletzt auch um sichere Bedingungen zu Fuß und mit dem Fahrrad in den einzelnen Stadtteilen konkret zu entwickeln, muß im Anschluß an ein Stadtentwicklungskonzept ein Verkehrsentwicklungsplan erstellt werden, der ein Handlungskonzept und ein mittelfristiges Maßnahmenprogramm zur Gestaltung des gesamten Verkehrs (Auto-, Bahn-, Bus-, Fuß- und Radverkehr) beinhaltet.

¹ Als Stadtentwicklungskonzept bezeichnet man zusammenfassend alle Überlegungen zu Zielsetzungen, die für die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen, die Stadtgestaltung und Landschaftspflege auf längere Sicht für die Stadt und ihr Umland angestrebt werden sollen.

Stichwort: Bauleitplanung

Bereits 2009 haben wir auf Studien des Märkischen Kreises hingewiesen, daß die Einwohnerzahl in Kierspe bis zum Jahr 2020 um etwa sieben Prozent zurückgehen wird. Die Erkenntnisse aus dem Projekt „Regionale 2013“ zeigen ein noch dramatischeres Bild. Allein um die Bevölkerungszahl auf dem Status Quo dieses Rückwärtstrendes zu halten, benötigt die Stadt Kierspe mehr als 400 attraktive und moderne Wohneinheiten zusätzlich zu den umfangreichen Leerständen von Häusern und Wohnungen im Stadtgebiet.

Unser Fazit ist aber nicht die reaktive Lösung der Vernichtung von Umwelt und naturnahen Flächen durch die Ausweisung neuer und die Erweiterung vorhandener Baugebiete. Unsere Lösung ist eine planerische Alternative: Innerstädtische Flächen, deren Nutzung schon beendet oder voraussehbar ist, so umzuwidmen, daß sie für Alt und Jung in Kierspe eine attraktive Wohnsituation bieten kann.

Wir wollen, daß Flächennutzungsplanung, Bauleitplanung und demographische Entwicklung bei den Planungen und Ausführungen von Vorhaben stärker berücksichtigt werden. Wichtig ist uns, daß dabei ein verantwortungsvoller Grünanteil und Freiflächen für Lebensqualität, Naherholung und hohem Freizeitwert erhalten werden.

Stichwort: Attraktivität

Wenn wir Kierspe attraktiv gestalten wollen, müssen wir die Aufenthaltsqualität verbessern. Wir wollen mehr Plätze schaffen, an denen sich die Menschen gerne aufhalten. Die Schaffung von ortsnahen parkähnlichen Anlagen am Thaler Teich und rund um das AWO-Seniorenheim wäre ein erster Schritt in diese Richtung, die möglicherweise mit einem gewissen Gastronomieangebot abgerundet werden könnten.

Dagegen ist und bleibt es eines unserer zentralen Themen, negativen Einfluß auf die Lebensqualität aller Kiersperinnen und Kiersper entgegenzustehen. Hierzu gehören beispielsweise Überlegungen einzelner Investoren, Vergnügungsstätten, welche konzeptionell Suchtpotential besitzen und soziale Verelendung einkalkulieren. Wir werden – wie oft bewiesen – auch weiterhin alles daran setzen, solche Dinge zu verhindern. Politisch und juristisch! Wir werden keinen wirtschaftlichen Interessen Vorschub leisten, welches mit sozialer Verelendung und Sucht Gewinne erzielen will.

Stichwort: Marktplatz

Kierspe liegt in einer landwirtschaftlich geprägten Region. Die hierin liegenden Potentiale wollen wir stärker nutzen. Wochenmärkte sind für die Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte von großer Bedeutung. Wir wollen die Marktkultur in unserer Stadt fördern. Dazu bedarf es einer völligen Überarbeitung der bestehenden Konzeption. Auch ein möglicher Ortswechsel muß in Betracht gezogen werden.

Stichwort: Eventmanagement

Zur Lebensqualität in unserer Stadt muß auch eine attraktive und professionelle Durchführung öffentlicher Großveranstaltungen gehören. Hierbei ist zu überlegen, ob man der Gleichförmigkeit solcher Veranstaltungen folgt und nur, weil die Nachbargemeinde eine bestimmte Veranstaltung durchführt, dieses auch tut. Aus unserer Sicht sollte die Stadt Kierspe einen eigenständigen Weg

gehen und Veranstaltungen planen und durchführen oder fördern, welche einen einzigartigen Charakter in unserer Region haben. Unter Beteiligung aller Interessenten müssen hier Ideen entwickelt und die Umsetzung solcher attraktiver Veranstaltungen durch die Verwaltung gefördert und begleitet werden.

Stichwort: Sportstättenmanagement

Kierspe verfügt über eine einzigartige Sportstättenlandschaft in unserer Region. Aber anstatt dieses Potential zu nutzen und gewinn- und attraktivitätsfördernd einzusetzen schlummern diese Sportstätten in einem Dornröschenschlaf und kosten bei weitem mehr durch Erhaltung und Pflege als sie durch Vermietung und Gebühren bei Nutzung einbringen. Dieses Verhältnis muß umgekehrt werden. Eine Vermarktung für sportliche und kulturelle Großveranstaltungen kann nicht nur zur Kostendeckung, sondern sogar zu einem finanziellen Gewinn für die Stadt Kierspe beitragen und wird ganz nebenbei zu einer Steigerung der Attraktivität über die Stadtgrenzen hinaus führen.

Wir fordern deswegen

- ♦ auf der Grundlage der Agenda 21², die auch Kierspe beschlossen hat, ein Stadtentwicklungskonzept als strategische Zielplanung erarbeiten zu lassen.
- ♦ die Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes für Kierspe
- ♦ keine neuen Bau- und Industriegebiete mehr auszuweisen, bis ein Stadtentwicklungskonzept und ein Verkehrsentwicklungsplan für Kierspe vorliegt.
- ♦ ein Event- und Marktmanagement für Kierspe
- ♦ ein Vermarktungskonzept für die Sportstätten

² Die Grundsätze der Agenda 21:

- ♦ Die Naturreichtümer von Kierspe müssen bewahrt und entwickelt werden.
- ♦ Voraussetzung für eine zukunftsbeständige Stadt ist die soziale Gerechtigkeit.
- ♦ Flächennutzungsstrukturen müssen zukunftsbeständig sein.
- ♦ Die Strukturen städtischer Mobilität müssen zukunftsbeständig sein.
- ♦ Die Bürger müssen beteiligt und die örtliche Gemeinschaft in den Prozeß der nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.
- ♦ Die Kommunalverwaltung muß auf Zukunftsbeständigkeit ausgerichtet sein.

III. Transparenz und Bürgerfreundlichkeit schaffen

An keiner Stelle kann Demokratie mehr gelebt, können die Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, als in den Kommunen. Deshalb zählt die Forderung nach weitreichender Transparenz und Bürgerfreundlichkeit in Kierspe zum Kern unserer Politik.

Hier leben Bürgerinnen und Bürger, die sich in hohem Maße für die Entwicklung ihrer Heimatstadt interessieren und sich mit eigenen Ideen und Vorstellungen für ihr Umfeld einbringen. Dieser Wunsch nach Partizipation ist eine Ressource, die von den Mehrheitsparteien und der Verwaltung nur in unzureichendem Maße genutzt wurde. Vielmehr wurde meist der Versuch unternommen, den Bürgerinnen und Bürgern die Mitsprache in den Angelegenheiten der Stadt zu erschweren.

Dem veralteten Politikverständnis der Hinterzimmer und Parteiendominanz stellen wir das Eintreten für eine Kultur der Mitsprache und offenen Diskussion entgegen. Dazu müssen die Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger in den vorhandenen Institutionen ausgebaut und neue Formen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickelt und eingesetzt werden.

Die demokratisch legitimierten Mitglieder des Rates müssen in ihren Kontroll- und Entscheidungsbefugnissen gegenüber dem Bürgermeister mit seinem Verwaltungsapparat gestärkt und die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger muß gegenüber der gesamten Kommunalverwaltung ausgeweitet werden.

Wir sind der Meinung, daß eine gute Kommunalpolitik die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die Berücksichtigung ihrer Ideen und ihres Wissens voraussetzt.

Stichwort: Informationsfreiheitsgesetz

Seit 01.01.2002 gibt es in NRW das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das den Bürgerinnen und Bürgern umfassende Informationsrechte bei öffentlichen Verwaltungen einräumt. Wir wollen, daß die Stadtverwaltung stärker als bisher auf diese Rechte hinweist und deren Wahrnehmung unbürokratisch ermöglicht.

Stichwort: Bürgerbüro

Wir brauchen eine moderne Verwaltung, die bürgernah, wirtschaftlich, flexibel und zuverlässig zum Wohle der Kiersperinnen und Kiersper arbeitet. Das Bürgerbüro erbringt schon jetzt viele Leistungen vor Ort. Ein Blick über den Tellerrand aber zeigt, daß in Zeiten hochentwickelter Informationstechnologie noch mehr machbar ist. Im Rahmen eines „virtuellen Rathauses“ wollen wir Verwaltungskontakte und Antragstellungen auf Online-Basis ermöglichen.

Wir wollen mehr bürgerfreundliche Leistungen „aus einer Hand“, bei denen der Antragsteller/die Antragstellerin es nur noch mit einer Verwaltungsstelle zu tun hat. Dies erfordert eine moderne und kundenorientierte Organisation der Stadtverwaltung.

Stichwort: Personalpolitik

Es leuchtet sicherlich jedem Bürger ein, wenn man den Begriff „Staatsdiener“ betrachtet, daß

die Verwaltung dem Gemeinwohl zu dienen hat. Also müssen auch hier zuallererst die zentralen und wichtigen Aufgaben bedient werden. Es darf nicht weiterhin aus Spar- und Sachzwang zu einer Einschränkung der Leistungsfähigkeit dieser Dienste kommen.

Beispielsweise ist ein Sozialamt in der derzeitigen Situation unserer Gesellschaft von derartiger zentraler Bedeutung, daß eine Schwächung der Leistungsfähigkeit – etwa durch Zusammenlegung mit anderen Ämtern – als fahrlässig betrachtet werden muß. Gleiches gilt für das Ordnungsamt. Umso erschreckender, wenn gerade diese beiden Ämter zusammengelegt werden sollen und damit in Ausübung ihrer Leistung massiv beschränkt werden.

Bei der personellen Stellenbesetzung im Rathaus hat zukünftig die Fachkompetenz an erster Stelle zu stehen. Eine nur am Parteibuch oder an persönlicher Bekanntschaft orientierte Personalpolitik schadet auf Dauer.

Stichwort: Bürgerwerkstätten

Wir möchten die Kiersperinnen und Kiersper früher und umfassender als bisher in Planungsprozesse einbeziehen. In anderen Städten bereits praktizierte moderne Beteiligungsformen wie Planungs- oder Perspektivenwerkstätten sollen auch in Kierspe häufiger genutzt werden.

Eine Planungswerkstatt meint eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zu planerischen Fragestellungen. Sie bietet einen guten methodischen Rahmen und bewährt sich dann, wenn mit ihrer Hilfe die Ziele für eine konkrete (planerische) Fragestellung erreicht werden.

Eine Perspektivenwerkstatt ist ein konsensorientiertes Verfahren zur integrativen Stadtentwicklung. Unter dem Namen „Community Planning Weekend“ wird diese Methode im englischsprachigen Raum seit Jahrzehnten erfolgreich eingesetzt: Ein verlängertes Arbeitswochenende, an dem intensiv – gemeinsam mit Fachleuten und Betroffenen vor Ort – Lösungsideen erarbeitet werden.

Stichwort: Bürgerversammlungen

Bei wichtigen örtlichen oder gesamtstädtischen Entscheidungsprozessen müssen Bürgerversammlungen grundsätzlicher Standard und zu Zeitpunkten durchgeführt werden, zu denen eine effektive Einflußnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die anstehenden Entscheidungen überhaupt noch möglich ist.

Stichwort: Ratsbürgerentscheide

Wir wollen, daß sich alle Bürgerinnen und Bürger durch Volksabstimmungen an grundsätzlichen und weitreichenden Entscheidungen in der Stadt beteiligen können.

Mit dem Ratsbürgerentscheid kann der Rat Entscheidungen in grundsätzlichen und weitreichenden Fragen unterlassen und stattdessen die Bürgerinnen und Bürger im Wege der Volksabstimmung entscheiden lassen. Diese Möglichkeit wollen wir nutzen. Die Durchführung von Ratsbürgerentscheiden sollte in weitreichenden Fragen in Kierspe zur Regel werden. Deshalb werden wir bei zentralen Entscheidungen, die die Stadt auf lange Zeit prägen, grundsätzlich die Durchführung eines Ratsbürgerentscheides beantragen.

Stichwort: E-Government

Oft wird der Forderung nach mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entgegengehalten, dies koste Zeit und Ressourcen und verkompliziere Entscheidungsprozesse. Dies ist eine veraltete Haltung, die die technischen Errungenschaften im Bereich der neuen Medien offenbar kaum zur Kenntnis nehmen will. Mithilfe des Internets kann kostengünstig und effektiv ein basisdemokratischer Diskussionsprozeß über anstehende politische Entscheidungen ermöglicht werden. Auch bei der Schaffung von Transparenz über politische Strukturen und Entscheidungsprozesse kann das Internet eine große Hilfe sein.

Diese Transparenz wollen wir erreichen, indem das in Kierspe bereits installierte Ratsinformationssystem um ein Diskussionsmodul erweitert wird. Die Mandatsträger können dann vor Entscheidungen den Diskussionsverlauf einsehen und die Argumente von Internetnutzern in ihre Entscheidungsfindung mit einbeziehen.

Besonders aber die Partizipation an längerfristig vorzubereitenden und grundsätzlichen Entscheidungen in der Stadt seitens einer großen Bevölkerungsgruppe kann durch das Internet vereinfacht werden. Führt die Stadt Bürgerwerkstätten oder -versammlungen zu großen Grundsatzentscheidungen durch (z.B. Aufstellung wichtiger Bebauungspläne), soll parallel ein Wiki³ zur Diskussion des Problems im Internet angeboten werden. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt können alle interessierten Internetnutzer an der Diskussion teilnehmen. Da Wikis außerordentlich effizient zur Erarbeitung von Kompromißlösungen geeignet sind, können die Ergebnisse eine gute Entscheidungsgrundlage für die Politik darstellen.

Wir fordern deswegen

- die Ergänzung des bereits bestehende Ratsinformationssystems (RIS) mit einem Diskussionsmodul auf der stadteigenen Internetpräsenz.
- die Durchführung von Bürgerversammlungen zu örtlichen oder gesamtstädtischen Entscheidungsprozessen und zu Zeitpunkten, zu denen eine effektive Einflußnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die anstehenden Entscheidungen überhaupt noch möglich ist.
- die Beibehaltung einer schlagfähigen Struktur der Verwaltung mit klarer Unterteilung – auch personell – der einzelnen Sachgebiete.

³ Ein Wiki (hawaiisch für „schnell“), seltener auch WikiWiki oder WikiWeb genannt, ist ein Hypertext-System, dessen Inhalte von den Benutzern nicht nur gelesen, sondern auch online geändert werden können.

IV. Die Wirtschaft fördern und Finanzen konsolidieren

Bereits seit Jahrzehnten gelingt es unserer Stadt nicht, ihre Ausgaben durch entsprechende Einnahmen zu decken. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur waren wir nicht annähernd in der Lage, die Einnahmen- und Ausgabenseite übereinander zu bringen. So etwas nennt man strukturelles Defizit.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Gesamtschule, Bundes- und Landespolitik, aber auch falsche Entscheidungen hier vor Ort, um nur einige zu nennen.

Man kann die Bürgerinnen und Bürger stärker zur Kasse bitten: Steuern und Abgaben erhöhen. Das ist der „Königsweg“ der Kommunalaufsicht, verbunden mit der Auflage, alle „freiwilligen Leistungen“ wenn nötig bis auf Null zu reduzieren. Das bedeutet: Hallenbad weg, Stadtbibliothek weg, Sozialamt und Ordnungsamt zusammenlegen, weniger Straßensanierungen, weniger Sicherheit. Dies ist aber nicht unser Weg.

Wir wollen Kierspe nicht „kaputtsparen“, sondern ihre Zukunftsfähigkeit stärken. Wir wollen die bestehenden sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen weitestgehend erhalten; möglicherweise funktioniert das aber leider nur unter Inkaufnahme von Leistungseinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Politik findet auch in Krisenzeiten statt – nur müssen die Prioritäten anders gesetzt und der Einsatz der Mittel sorgfältiger geprüft werden.

Stichwort: Schuldenabbau

Die Tilgung der Kredite hat obersten Vorrang. Deswegen ist es erforderlich, Besitz aller Art zu verkaufen, wenn dessen Rendite unter dem prozentualen Zinssatz für die Schulden liegt. Ausgenommen hiervon sind strategisch wichtige Unternehmen, wie z.B. die Stadtwerke.

Stichwort: Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung dient dem Schuldenabbau. Um die Wirtschaft von bürokratischen Problemen zu befreien, wollen wir in der Verwaltung ein Serviceportal etablieren, das als fester Ansprechpartner bei Behördengängen und Verwaltungsfragen funktioniert. Dadurch würden Unternehmen stark entlastet, die Wirtschaftskraft gestärkt und Arbeitsplätze erhalten, oder sogar neue geschaffen. Ebenfalls werden dadurch die Steuereinnahmen gesichert bzw. ausgebaut. Das Serviceportal Wirtschaft könnte auch aktives Grundstücks- und Leerstandsmanagement betreiben.

Stichwort: Auftragsvergabe

Bei der Vergabe von Aufträgen der Stadt sollen die in Kierspe ansässigen Unternehmer – soweit möglich – bevorzugt werden. Man kann nicht auf der einen Seite über sinkende Gewerbesteuern klagen und andererseits den Unternehmen, die sie bezahlen sollen, keine Gelegenheit geben, Umsätze zu machen.

Stichwort: Beteiligungsgesellschaften

Wichtige Bereiche der Öffentlichen Daseinsvorsorge und der städtischen Pflichtaufgaben wurden in den vergangenen Jahren in Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung geändert. Die Ge-

schäftspolitik dieser Gesellschaften und die Entscheidungen ihrer Aufsichtsräte sind aber für die Öffentlichkeit oft nicht transparent, obwohl deren Belange betroffen sind.

Durch die Überführung von Städtischen Betrieben in privatrechtliche Gesellschaften (wie z.B. die Stadtwerke GmbH, die früher ein städtischer Eigenbetrieb mit eigenem („Werks-“) Ausschuß war) kommt es zu einem Widerspruch, da das Kommunalrecht im Gegensatz zum Gesellschaftsrecht (welches für GmbHs gilt) weitgehend vom Grundsatz der Öffentlichkeit ausgeht.

So bleiben Aufsichtsratsentscheidungen nicht nur für die Bürger oft undurchsichtig. Das gleiche gilt auch für etliche Ratsmitglieder, insbesondere wenn die jeweilige Fraktion keinen Vertreter im Aufsichtsrat hat. Sie sind dann auf das Hörensagen angewiesen. Aber auch, wenn Fraktionen Sitze in Aufsichtsräten innehaben, werden den Aufsichtsratsmitgliedern mitunter grundlegende Informationen vorenthalten, sofern sie nicht den Aufsichtsratsvorsitz innehaben.

Dies widerspricht unserem Verständnis von Informationsrecht und -pflicht. Wir möchten daher eine umfassende Information aller im Rat vertretenen Fraktionen. Nur so ist es möglich, auf der Basis dieser Informationen eine Meinung zu bilden und sinnvolle Handlungen abzuleiten.

Wir fordern deswegen

- **Die Einrichtung eines Serviceportals „Wirtschaft“, das als fester Ansprechpartner bei Behördengängen und Verwaltungsfragen funktioniert.**
- **Die Einrichtung eines Vergabeausschusses, der für die Vergabe sämtlicher Aufträge im Planungs-, Bau- und Einrichtungsbereich sowie für sämtliche Aufträge zur Beschaffung von Gütern zur Deckung des Verwaltungsbedarfs zuständig ist.**
- **Das Aufbrechen der Schattenhaushalte durch eine regelmäßige und beantragbare Rechenschaft aus den Aufsichtsräten der Beteiligungsgesellschaften, an denen die Stadt Kierspe beteiligt ist, gegenüber dem Rat.**

V. Sicherheit und Ordnung erhalten und verbessern

Das Thema „Sicherheit und Ordnung“ ist für Kierspe von großer Bedeutung. Dies wird auch dadurch deutlich, daß die Bürgerinnen und Bürger die Sicherheit und die Lebensqualität in direktem Zusammenhang mit der Kriminalitätsentwicklung beurteilen.

Das (subjektive) Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und die (objektive) Entwicklung der Kriminalität, die Sicherheitslage, müssen auf zwei Ebenen in den Blick genommen werden: Repressiv und präventiv.

Was zur Zeit in Kierspe getan wird, reicht nicht aus, um die unterschiedlichen Ursachen für die vielfältigen Kriminalitätsformen zu beseitigen, denn die Gestaltung des öffentlichen und gesellschaftlichen Raumes wird von vielen Faktoren bestimmt. Kriminalität muß über die Betrachtung der Tat, der Täterin bzw. des Täters sowie ihrer Erscheinungsform vor allem in ihren übergreifenden Entstehungs- und Bedingungsbeziehungen erkannt und verdeutlicht werden. Deshalb bedarf es einer Präventionsstrategie, die auf Ursachenreduzierung ausgerichtet ist. Grundgedanke dieser Strategie ist, daß Kriminalitätsverhütung dort ansetzen muß, wo normabweichendes Verhalten in aller Regel entsteht, begünstigt und gefördert wird: auf kommunaler Ebene.

Auch hier ist es notwendig, neue Wege zu gehen. Wir haben als Zielsetzung eine mehrschichtige Zusammenarbeit zwischen Polizei, Stadt und Bürgerschaft. Im Einzelnen könnten das sein:

- ♦ Einrichtung von Arbeitsgruppen zu einzelnen Themen (z.B. „Gewalt in der Schule“, „Jugendkriminalität“, „Ausländerkriminalität“, Aussiedlerkriminalität“ etc.), die z.T. zeitlich begrenzt sind.
- ♦ Einrichtung eines Koordinationsrates zur Prävention als Lenkungsgremium unter Beteiligung von Polizei, Stadtverwaltung, Fraktionen, MVG, Vereinen etc.
- ♦ Gründung eines Vereins „Sicheres Kierspe“ zur Bündelung von Interessen und zur Akquirierung von Mitteln (Stadt, Polizei, Banken, Einzelhandel, Vereine, Interessierte Bürgerinnen und Bürger).

Neben diesen Möglichkeiten halten wir es allerdings auch für unverzichtbar, daß Kierspe wieder eine eigene Polizeiwache bekommt.